

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Schmidt
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptstadtstr. 10, 80011
Schiffbaustr. 10, 80011
Telefon: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10

Abdruck der in diesem Blatt enthaltenen Nachrichten ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers nicht gestattet.
Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten trägt der Verfasser.
Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich.
Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich.

Druck: Rudolf Schmidt
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptstadtstr. 10, 80011
Schiffbaustr. 10, 80011
Telefon: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10

Vorbereitungen für die Tributkonferenz Brüning spricht mit amerikanischen Diplomaten

Berlin, 6. Jan. (Eig. Drahtmeld.) In den Vorbereitungen über die deutsche Politik auf der kommenden Reparationskonferenz hat die Reichsregierung außer dem deutschen Vorkonferenzen in Paris auch die Vorkonferenzen in London und Rom nach Berlin zur Unterrichtung der Ratsmitglieder über die Auffassungen in den in Betracht kommenden Ländern gebeten. Die Vorkonferenzen der an der Reparationsfrage direkt interessierten Ratsmitglieder finden täglich statt. Daneben werden auch Erörterungen mit den führenden Wirtschaftspersonlichkeiten des Inlandes und, soweit es möglich ist, auch des Auslandes gepflogen. Heute vormittag nahm Reichskanzler Dr. Brüning an einem Frühstück teil, das der amerikanische Vorkonferenzleiter Sackett veranstaltete, und an dem auch der amerikanische Vorkonferenzleiter in Paris, Edgée, der sich seit Dienstag in Berlin aufhält, teilnahm. Dr. Brüning hatte so Gelegenheit, sich mit dem Vorkonferenzleiter Edgée eingehend zu unterhalten. Er machte Edgée, der im besonderen Auftrage des Welchen Hauses nach Berlin gekommen ist, nähere Mitteilungen über die Haltung, die Deutschland annehmen wird.

Dr. Brüning erklärte dem amerikanischen Diplomaten, daß die Reichsregierung die Herbeiführung einer endgültigen Lösung für unbedingt notwendig halte und daß sie allen Zwischenfahrungen und Provisionen mit höchstem Widerstand entgegenzutreten müsse.

Die Vorkonferenzen mit den nach Berlin gebeten den deutschen Vorkonferenzleitern aus Paris, London und Rom werden am Mittwoch in der Reichskanzlei beginnen. Die Anregung zu diesen Vorkonferenzen ist vom Reichskanzler Dr. Brüning selbst gegeben worden, weil Dr. Brüning großen Wert darauf legt, daß das Kabinett einen ganz unmittelbaren Einblick von den Stimmungen und Bestrebungen in den Reparationsabwärtigerländern erhält. Interessant ist auch noch, daß die Frage, ob die deutsche Delegation für Lausanne vom Reichskanzler Dr. Brüning selbst geleitet werden soll, umstritten zu sein scheint. Während nach Angaben von Dr. Brüning nachbestehender Seite der Reichskanzler entschlossen sein soll, nach Lausanne zu reisen, wenn eine Vereinbarung über den Termin der Konferenz zustande gekommen ist, steht man andererseits doch am Standpunkt, daß, wenn die ganze Konferenz lediglich ein Provisorium bringen sollte, das Deutschlands Lage in keiner Weise bessern würde, dann der Regierungsrat durch sein Verhalten von der Konferenz den übrigen Mächten zeigen möchte, daß Deutschland mit einer solchen Lösung sich auf keinen Fall zufrieden geben kann. In den Kreisen um Dr. Brüning erklärt man allerdings zu dieser Auffassung,

daß die endgültige Entscheidung, ob ein Provisorium geschaffen wird oder nicht, in Lausanne fallen würde.

und daß der Reichskanzler, der ja auch der verantwortliche Leiter der Außenpolitik sei, auf jeden Fall versuchen müßte, den deutschen Standpunkt, daß nur eine endgültige Lösung in Frage kommen könne, so nachdrücklich wie nur möglich zu verteidigen.

In allen Hauptstädten sind die Vorkonferenzen über die Reparationen jetzt in regem Fluß. So hat sich die diplomatische Austauschreise zwischen London und Paris während der letzten Tage sehr eingehend gestaltet. Der Generalkonferenzleiter im französischen Kabinett, Vertelot, der zur Zeit in London weilte, benutzte diese Gelegenheit zu einer ausgiebigen Fühlungnahme mit den englischen Stellen und hat sich mit den Mitgliedern des englischen Kabinetts bereits über alle auf die Tribute und die Abwicklung bezüglichen Fragen unterhalten. Am Dienstagvormittag hatte er eine eingehende Unterredung mit dem englischen Außenminister John Simon. Gleichzeitig hält sich in London auch der englische Vertreter in Paris, Lord Curzon, auf, was man allgemein dahin auslegt,

daß lebhafteste Bemühungen gemacht werden, um einen Bruch zwischen den englischen und französischen Auffassungen unter allen Umständen zu verhüten.

In diesem Richte hat man auch verschiedene Vorschläge zu betrachten, die gegenwärtig von französischer Seite vorgebracht werden. Der von Paris befürwortete Plan eines kurzen Moratoriums schließt eine Sonderregelung hinsichtlich der ungeschuldeten Zahlungen mit ein. Diese wären danach vom Reiche an die Bank für Internationale Zahlungen weiter zu leihen und würden dann an die Reichsbank zurückgeliefert werden. Allerdings wird, ähnlich wie schon im Abkommen über das Hooverjahr, eine Sicherheit im Falle einer ersten Hypothek auf das Eigentum der Reichsbank gefordert. Nicht weniger gefährlich und unannehmbar erscheint ein zweiter Vorschlag, der bisher nicht in die Öffentlichkeit gedrungen ist und von unterrichteter englischer Seite dahin gekennzeichnet wird, daß eine dauernde Lösung ins Auge gefaßt sei.

Man wolle die deutschen Leistungen, über deren Höhe man sich noch zu unterhalten hätte, in der Art kapitalisieren, daß sie in einer einzigen Transaktion abgelöst werden könnten.

Die Abgeltung solle durch eine unmittelbare Beteiligung der Gläubiger ermöglicht werden. Naturgemäß ist das ein Plan, der für Deutschland überhaupt nicht in Frage kommen kann; denn er würde das Aufleben des alten Pfändersystems bedeuten, und der Reichsbank würden über kurz oder lang andere wertvolle Pfänder folgen.

Aufmarsch für Lausanne

Seitdem Ort und Zeit der Tributkonferenz feststehen, wird die Öffentlichkeit aller irgendwie beteiligten Länder mit einem mächtigen Trommelsturm von Meldungen, Pressestimmen und Redierungen maßgebender Staatsmänner und Wirtschaftsführer überschüttet. Jedes Wort verfaßt eine Absicht und so ziemlich jede Meldung eine Tendenz. Das Aufführungsgeschehen ist im vollen Gange; die Gegner bestehen ihre Stellungen und taufen sich gegenseitig ab. Die Scheidung der Fronten vollzieht sich nach den jetzt schon zu beobachtenden Bewegungen um die Stellungnahme zu der Hauptfrage: Provisorium oder Endregelung. Das aus dem freisinnigsten Deutschen Reich angesehene und in nächster Zeit nichts herauszubringen ist, das haben alle Gläubiger bereits im Hofener Gutachten anerkannt; aber die andere Frage, ob man die Gelegenheit benutzen soll, um unter das ganze teibige Reparationskapitel einen klaren Strich zu ziehen, oder ob man das Tributsystem mit Hilfe eines Moratoriums durch die Weltkriege in eine bessere Zukunft hinderschleppen kann, das ist der Punkt, an dem die Meinungen auseinandergehen. Für alle Einsichtigen, die aus den Erklärungen und Tatsachen zu lernen gewillt sind, ist die Antwort ja schon gegeben durch die Feststellung der Wirtschaftsfachverständigen aller Welt, daß die Tributzahlungen die Hauptursache der Weltwirtschaftskrise sind. Soeben hat die größte Autorität auf diesem Gebiet, Professor Gustav Cassel, diese These wieder bekräftigt mit den Worten, daß „die Tribute an der Weltkrisis tatsächlich schuld sind“, und daß zwischen Kriege und Tribut „eine unmittelbare nachweisbare Kausalverbindung“ besteht. Die logische Folgerung ist, daß das zerstörte ökonomische Gleichgewicht nicht wiederhergestellt werden kann, solange die Quelle alles Übels, eben das Tributsystem nicht aus der Welt geschafft ist. Man sollte meinen, daß sich dieser einfache Schluß den Staatsmännern von selbst aufdrängen müßte, die für das Wohl ihrer Völker verantwortlich sind. Aber weit gefehlt! An den Schwellen ihrer Amtstüben stürmen sich politische Schwertgeister zu Bergen auf, die für die wirtschaftliche Vernunft noch unüberwindbar sind. Jeder einzelne von den Ministerpräsidenten und Finanzministern glaubt für seine Nation und für seine Rasse Opfer vermeiden und noch Sonderprivilegien herauszulausen zu können, wenn er die Augen vor den Tatsachen der Gegenwart und vor den Lehren der Vergangenheit frampfhaft verschließt.

Das Zentrum dieses reaktionären Widerstandes ist natürlich Frankreich, das von Belgien und Jugoslawien als seinen wichtigsten Bundesgenossen sekundiert, als Vorkämpfer des Provisoriumsgebardens in die Lausanner Reparationskämpfe tritt. Alle bisherigen Schwächlinge der französischen Politik, vor allem die Verleugung der Konferenz in die Schweizer Stadt mit der deutschfeindlichsten Atmosphäre, und die Zusammendrängung der Zeit auf ein Maß, das nach allen Erfahrungen ungenügend ist, deuten auf die Absicht hin, einer gründlichen Erörterung des Problems auszuweichen und nach einer kurzfristigen Verlängerung des Hoovermoratoriums die eigentliche Entscheidung auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Was verlockt sich Frankreich von einer solchen Verschiebungstaktik? Die Antwort hat der Außenminister des „Echo de Paris“, das als Blatt des französischen Generalstabes gilt, mit brutaler Offenheit gegeben: Reparationen hin, Reparationen her, für und kommt es darauf an. Deutschland nicht aus der Tributange zu lassen, damit es sich nicht wirtschaftlich erholen und seine nationalen Energien auf den nächsten Punkt des Weltkrieges vorbereiten kann, auf die politischen Revolutionsforderungen, verwenden kann. Das ist als Begründung deutlich genug. Und vom finanziellen Standpunkt kommt das in Versailles aufgestellte und seitdem während der ganzen Reparationsentwicklung wiederholte Argument dazu, das Lardieu schon 1919 gegenüber dem Drängen der Alliierten auf Festlegung einer Pauschalsumme für die deutschen Verpflichtungen folgendermaßen formuliert hat: „Frankreich weigert sich, den Augenblick des größten Tiefstandes Deutschlands zu wählen, um die deutsche Schuld zu besichern. Es will den Opfern des Krieges den späteren Vorteil des Wiederaufstieges des Angreifers vorbehalten.“ Aus den gleichen Gründen will die letzte Pariser Regierung, in der Lardieu eine führende Rolle spielt, das Ende der gegenwärtigen Depression abwarten, um dann in einer erhofften Periode aufsteigender Konjunktur wieder Forderungen stellen zu können, die sich heute von selbst verbieten. Dieser Gedankengang schließt an der eingangs gemachten Feststellung, daß die Krise unlosbar und ein Ausstieg unmöglich ist, solange auch nur die Trostung mit der späteren Wiedergewinnung der Reparationsmaschine die Weltwirtschaft in Unruhe und Mißtrauen hält. Aber das wollen eben die Pariser Machthaber nicht wahrhaben; gegen diese erbitternde Einsicht stemmen sie sich mit verflüchtigtem Trotz. Wir wollen nicht darüber hinwegsehen, daß es nicht mehr ganz Frankreich ist, das so denkt. Der Fortschritt der „Dépêche de Toulouse“, des bedeutendsten demokratischen Provinzialblattes, aber welchen wir berichten haben, ist

Sir John Simon über Englands Haltung

Aur Teillösung von Lausanne erwartet

London, 6. Jan. Der Verband ausländischer Journalisten veranstaltete heute zu Ehren des britischen Staatssekretärs des Äußeren, Sir John Simon, ein Frühstück, bei dem unter zahlreichen ausländischen Diplomaten auch Vorkonferenzleiter Graf Bernstorff von der deutschen Vorkonferenz in London anwesend war. Sir John Simon erklärte dabei in einer Rede u. a.,

daß der Zeitpunkt der Reparationskonferenz von Lausanne noch nicht endgültig festgelegt worden sei.

„Ich darf vielleicht sagen“, bemerkte Sir John Simon, „daß die britische Regierung sehr beruhigt sein würde, wenn wir zu einem früheren Zeitpunkt, als zu einem späteren, zusammenzutreten könnten; denn auch wir haben unsere parlamentarische Tagung, die beantragt, und wenn wir nicht in der Lage sind, einen so frühen Zeitpunkt wie den 18. Januar oder darum herum zu sichern, würde unfruchtbar eine Teilnahme an der Konferenz sehr schwierig für einige der britischen Minister werden. Wenn der Premierminister zu diesem Zweck verfügbar sein soll, so müßte die Zusammenkunft in der Woche stattfinden, die am 18. Januar beginnt.“

Der Schatzkanzler wird auf alle Fälle hingehen müssen, und ich werde ihn begleiten müssen.

Sodann werden wir von einem Ende des Wester Sees nach dem anderen zu einer Zusammenkunft des Völkerbundrates am 25. Januar umsitzen müssen, wo sehr bedeutungsvolle und schwierige Fragen, die sowohl Europa als auch Asien betreffen, aufzutreten können. Zur Lausanner Konferenz sagte Sir John Simon, daß an ihr etwa 60 Staaten teilnehmen werden. Auf jeder dieser drei Konferenzen werde England seine Rolle zu spielen haben. Das Interesse, das England nehmen werde, sei umfassend in dem Sinne, daß es eine verständnisvolle und eine umfassende Lösung annehmen wolle. England hoffe, daß andere dies auch tun würden.

Es sei von grundlegender Bedeutung, eine Lösung zu finden, selbst wenn es nur eine provisorische Lösung sein könne.

Zum Schluß seiner Rede betonte Sir Simon, daß die dringlichsten Maßnahmen, die die englische Regierung in

Botschafter von Neurath beim britischen Außenminister

London, 6. Jan.

Der deutsche Botschafter Freiherr von Neurath hat heute am Mittwochvormittag dem britischen Außenminister einen Besuch abgelegt, um die Notwendigkeit einer baldigen Friedeinstellung zu betonen. Die fernere englische Finanzpolitik sei eine Frage künftiger Erwägung und Entscheidung. Simon schloß mit dem Wunsch, daß die Länder die Beweggründe ihrer gegenseitigen Handlungen verstehen möchten.

London und Paris suchen gemeinsame Grundlagen

London, 6. Jan.

Reuter veröffentlicht folgende Meldung: Die britische und die französische Regierung sind bemüht, eine Grundlage zu finden, die ihnen gestattet, im Einvernehmen miteinander zu handeln, um einen Erfolg der Lausanner Konferenz sicherzustellen. Die britische Regierung ist der Meinung, daß das Hauptziel der Konferenz die Wiederherstellung des Vertrauens der Welt zur wirtschaftlichen und allgemeinen Lage in Deutschland sein muß.